

Wildnis und Ballungsräume: die Alpen im Jahr 2020

Wie werden die BewohnerInnen der Alpen im Jahr 2020 leben? Wie werden die alpinen Täler und Ortschaften aussehen? Wer wird sich um den Erhalt der alpinen Kulturlandschaft kümmern? Mit diesen und anderen Fragen zur Zukunft der Alpen beschäftigt sich das EU-Forschungsprojekt REGALP unter österreichischer Federführung. Nun liegen die ersten Ergebnisse und Prognosen vor. Sie wurden im Rahmen eines ExpertInnen-Workshops am 9. April 2003 in Innsbruck diskutiert.

Das REGALP-Forschungsteam setzt sich aus WissenschaftlerInnen aller Alpenländer – Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz und Slowenien – zusammen. Die ForscherInnen bearbeiten seit Herbst 2001 einerseits den Alpenraum als Ganzes, andererseits finden in ausgewählten Gebieten der jeweiligen Länder vertiefte Untersuchungen statt. Die österreichischen Pilotgebiete sind das Tiroler Wipptal (Brennerstrecke) und die Niederen Tauern in der Steiermark.

Das Forschungsteam analysiert z. B., welchen Stellenwert die Kulturlandschaft in einzelnen europäischen und nationalen Politikbereichen besitzt. Einzelne Bereiche der Politik werden evaluiert, damit deutlich wird, wie sich Gesetze und politische Programme auf den Landschaftswandel in den Alpen auswirken. Bereits abgeschlossen hat das REGALP-Team die Entwicklung von Szenarien für den gesamten Alpenraum.

Diese Szenarien – Trends, Zukunftsbilder und Prognosen – wurden Anfang April bei einem Workshop in Innsbruck einem österreichischen Fachpublikum präsentiert. Ziele des Workshops waren einerseits der Austausch mit VertreterInnen anderer Alpen-Forschungsprojekte und Umweltorganisationen. Andererseits sollten EntscheidungsträgerInnen der österreichischen Raumordnungspolitik schon frühzeitig in das Projekt eingebunden werden. Das REGALP-Forschungsteam wird zum Projektabschluss im Herbst 2004 Vorschläge präsentieren, wie europäische und nationale Politiken eine nachhaltige Entwicklung alpiner Kulturlandschaften fördern können.

Alpine Ballungsräume

Knapp 93 % der alpinen Bevölkerung lebt in Tallagen unterhalb 1.000 m Seehöhe. In einigen alpinen Tälern und Becken entspricht die Bevölkerungsdichte bereits jener des Ruhrgebietes. Häuslbauer, Industrie- und Gewerbebetriebe, LandwirtInnen, Akteure der Freizeitwirtschaft und des Verkehrs: sie alle konkurrieren um Grund und Boden – in den Alpentälern ein knappes Gut. Wohngebiete, Gewerbebezonen, Straßen und Schienenwege liegen in den alpinen Tälern und Becken oft eng beisammen. Verstärkte Umweltbelastungen durch Lärm und Schadstoffe sind die Folge. Nicht umsonst klagen knapp zwei Drittel aller AlpenbewohnerInnen über Lärmstörungen.

Die zukünftige Entwicklung lässt eine Zuspitzung der Probleme erwarten. Die Nutzungskonkurrenz in den Gunstlagen wird zunehmen, vor allem dort, wo wirtschaftliche Stärke und gute Verkehrsverbindungen zusammentreffen. In Österreich etwa sind davon das Vorarlberger Rheintal, der Raum Innsbruck und das Unter-Inntal sowie der Raum Salzburg betroffen. Ähnliches gilt alpenweit gesehen für den Raum Chambéry-Grenoble, die Stadtregionen von Luzern und Lausanne, Teile des Rhone-Tales im Wallis, Teile des Tessins, das Aostatal, die Städte am italienischen Alpenrand, den Raum Bozen sowie für den Raum Rosenheim. Sollten die EU-Verkehrsprojekte im Rahmen des Transeuropäischen Netzes (TEN) – dazu zählt etwa der Brenner-Basistunnel – realisiert werden, so steigt im gesamten Alpenraum das Erreichbarkeitsniveau bis zum Jahr 2020 auf das Zweieinhalbfache des Niveaus von 1995. Die Tiroler Landes-

hauptstadt Innsbruck konnte im Jahr 1995 innerhalb von drei Stunden von ca. 3 Millionen Menschen erreicht werden. Bei einem Ausbau des Brenner Basistunnels werden es im Jahr 2020 mehr als 19 Millionen Menschen sein.

Die alpine Peripherie – (k)ein Ort zum Leben?

Während die begünstigten Gebiete in den Tallagen einem enormen Wachstum mit all seinen Vor- und Nachteilen entgegenblicken, läuft die Uhr in den abgelegenen und entwicklungs-schwachen Gebieten der Alpen deutlich anders.

Schon heute sind viele dieser Regionen von Arbeitsplatzmangel und sinkenden Einwohnerzahlen betroffen – Teil einer Negativspirale, die sich selbst verstärkt. Damit einher geht das schrittweise Verschwinden der örtlichen Nahversorgung: Gasthäuser und Lebensmittelläden sperren zu, öffentliche Dienste und Einrichtungen wie Postamt und Gendarmerieposten werden abgebaut, der öffentliche Nahverkehr nach und nach reduziert.

Regionen mit dieser Entwicklungsproblematik sind in den Alpen weit verbreitet: in mehr als 50 % aller Alpengemeinden nehmen Bevölkerungszahl und Arbeitsplätze ab. Zu den potenziellen Krisengebieten der Alpen zählen der gesamte ländliche Raum in den französischen und italienischen Südwestalpen, das Hinterland des Como- und des Gardasees, das Veltlin, der Vintschgau, Teile des Schweizer Hinter- und Vorderrheins, der südostösterreichische Alpenraum, Osttirol, das Tiroler Lechtal sowie Teile des slowenischen Alpenraums.

Kehrt die Wildnis in die Alpen zurück?

Was für die räumliche Entwicklung in den Alpen insgesamt gilt, trifft auch auf die landwirtschaftliche Bewirtschaftung alpiner Flächen zu. Standorte, die gut erschlossen sind, werden so intensiv wie möglich bewirtschaftet – mit negativen ökologischen Auswirkungen. Schwer erreichbare oder steile Flächen werden in Zukunft nur mehr extensiv oder gar nicht mehr bewirtschaftet. Die Folge: der Wald erobert sich weite Flächen zurück.

Die Pläne der EU, landwirtschaftliche Förderungen vor allem von der Betriebsfläche und nicht von den erzeugten Produkten abhängig zu machen, wird für viele kleine Betriebe in den Berggebieten zu einem Rückgang der Betriebseinnahmen führen, befürchten WirtschaftsexpertInnen. Der Rückgang der Landwirtschaft im alpinen Raum wird dadurch zusätzlich beschleunigt. Weiters könnte eine EU-Richtlinie zur artgerechten Tierhaltung zur Folge haben, dass viele NebenerwerbslandwirtInnen endgültig aufgeben müssen, weil sie sich den Umbau ihrer Stallungen für eine artgerechtere Tierhaltung nicht leisten können.

Der Rückgang der alpinen Landwirtschaft und die damit einhergehende Verwundung alpiner Regionen könnte auch Probleme für die Forstwirtschaft mit sich bringen. Vor allem dort, wo der Waldbesitz auf viele kleine PrivatbesitzerInnen verteilt ist, besteht die Gefahr, dass der Wald nicht mehr ausreichend bewirtschaftet und gepflegt werden kann. Die Folgen: die natürliche Schutzwirkung des Waldes nimmt ab, die Lawinen- und Murengefahr für die Siedlungen in den Tälern steigt. Die Zunahme der Waldflächen könnte jedoch gleichzeitig auch zu einer Verbesserung der Umweltsituation in den Alpen führen: der Wasserhaushalt würde stabilisiert, die Luftqualität steigen. Viele Fachleute sehen in der Verwundung alpiner Regionen daher auch das „kleinere“ Problem.

Tourismuskommunen: werden nur die Starken überleben?

Obwohl die Tourismuskommunen weniger als 10 % aller Alpengemeinden ausmachen, haben sie auf die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung vieler, vor allem hochgelegener Täler einen entscheidenden Einfluss. Das größte Kapital des alpinen Tourismus ist die Landschaft – und diese Landschaft, wie sie in den Prospekten und in den Websites der Tourismusbranche präsentiert wird, möchten die Touristen schließlich auch vorfinden. Wer will schon dauernd im Wald spazieren gehen? Der Wechsel zwischen offenen Flächen und Wäldern, zwischen Tälern

und Bergen, der Blick auf die Gipfel und in die Ferne – das lässt die Touristenherzen höher schlagen.

Jene Gemeinden, die es sich leisten können, unterstützen das Offenhalten der alpinen Flächen durch Zahlungen an die Landwirtschaft genau aus diesem Grund. Was aber passiert mit jenen Gemeinden, die sich die steigenden Investitionen in die touristische Infrastruktur nicht mehr leisten können? Oder die aufgrund ihrer geringen Höhenlage im alpinen Wintertourismus nicht mehr mithalten können? Als Folge des Klimawandels und des damit einhergehenden Schneemangels könnte die Anzahl der Tourismusgemeinden in der Schweiz in den nächsten 30 Jahren um ein Viertel zurückgehen, prognostizieren KlimaforscherInnen.

Die Kulturlandschaft: ein Stiefkind der (österreichischen) Politik?

Kulturlandschaft zählt zu den am häufigst genannten Begriffen, wenn die ÖsterreicherInnen zu ihrer nationalen Identität befragt werden. Doch wer wird sich in Zukunft um die alpine Kulturlandschaft kümmern? Der Staat, der gleichzeitig immer mehr Aufgaben abgibt? Auch das Eigeninteresse der Tourismusgemeinden an der Erhaltung der alpinen Kulturlandschaft wird wohl nicht ausreichen.

Das Thema Kulturlandschaft wird in Österreich zwar im Natur- und Landschaftsschutz, teilweise auch in der Agrar- und Forstpolitik berücksichtigt. In den Gesetzen und Programmen der für die alpine Kulturlandschaft besonders relevanten Bereiche wie Verkehr und Tourismus aber kommt die Kulturlandschaft nach wie vor deutlich zu kurz. Damit das Thema Kulturlandschaft in Zukunft in einzelnen Politikbereichen stärker berücksichtigt wird, suchen die REGALP-ForscherInnen einen engen Austausch mit den politischen EntscheidungsträgerInnen auf regionaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Denn die Frage nach einer nachhaltigen Entwicklung der Kulturlandschaft ist letztendlich auch eine Frage der Prioritätensetzung bei der Verteilung öffentlicher Mittel. Der vom österreichischen REGALP-Projektmanagement organisierte ExpertInnen-Workshop in Innsbruck verstand sich als Beginn dieses Dialogs.

Aber auch die Bevölkerung selbst ist gefordert, wenn es um die Zukunft ihrer Landschaft geht. Je stärker sich die BewohnerInnen – aber auch die BesucherInnen – der Alpen in die öffentliche Diskussion einbringen, desto mehr können sie auf die zukünftige Gestaltung ihrer Gemeinden Einfluss nehmen. Zahlreiche Initiativen und Projekte haben bereits bewiesen, dass dies möglich ist.

Auch das REGALP-Forschungsteam arbeitet mit BewohnerInnen der Alpen zusammen: im Frühsommer 2003 werden in den insgesamt acht Pilotregionen des Projektes Workshops mit der lokalen Bevölkerung abgehalten. Aus diesen „Zukunftsworkshops“ soll hervorgehen, was die lokale Bevölkerung selbst von der Zukunft erwartet, was sie sich von der Politik wünscht und was sie selbst zur nachhaltigen Entwicklung ihrer Region beitragen könnte.

Wolfgang Pfefferkorn

Kontakt:

REGALP-Projektmanagement

Regional Consulting ZT Gesellschaft m.b.H.

Wolfgang Pfefferkorn

1050 Wien, Schloßgasse 11

E-mail: pfefferkorn@rosinak.co.at

Projektpartner:

Geographisches Institut der Universität Bern (Schweiz); Cemagref, Groupement de Grenoble (Frankreich); Alpenforschungsinstitut Garmisch-Partenkirchen (Deutschland); Università di Udine, Dipartimento di Scienze Economiche (Italien); Urbanisticni Institut Republike Slovenije (Slowenien)